

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Walter Kolbow MdB zur bevorstehenden Verabschiedung der neuen Reservistenkonzeption: Alle sachverständigen Kräfte sind gefragt.

Seite 1

Alwin Brück MdB zur Lage vor dem Kopenhagener EG-Gipfeltreffen: Für die Überwindung der europäischen Finanzkrise einsetzen.

Seite 3

Dokumentation:

Annemarie Renger, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, forderte in einer Rede zum Volkstrauertag ein internationales Sicherheitssystem.
Wortlaut:

Seite 4

42. Jahrgang / 219

16. November 1987

Die neue Reservistenkonzeption wird aktuell

Alle sicherheits- und verteidigungspolitisch aktiven Kräfte sind gefragt

Von Walter Kolbow MdB
Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Mit der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes durch das Parlament in der nächsten Woche wird der Auftrag des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr bestätigt, aus dem Wehrdienst ausgeschiedene Soldaten aller Dienstgrade nach Richtlinien des Bundesministers der Verteidigung und im Rahmen des Wehrrechts zu betreuen und fortzubilden. Dieser Auftrag konfrontiert den Verband in den kommenden Jahren mit einer Reihe neuer, schwieriger Aufgaben. Die neue Reservistenkonzeption des Bundesministers der Verteidigung steht vor der Verabschiedung. Die eigentliche Bewährungsprobe, sowohl für die Bundeswehr als auch für den Reservistenverband, erfolgt jedoch erst danach.

Noch so überzeugende konzeptionelle Forderungen garantieren nicht, daß sich im Zuge der Realisierung der gewünschte Erfolg einstellt. Dazu bedarf es vielmehr der Zusammenarbeit aller sicherheits- und verteidigungspolitisch tätigen Kräfte im Staat: Der Regierung und der Bundeswehr, des Parlaments und der Parteien, der Bürgerinnen und Bürger in und außerhalb von Verbänden, Vereinigungen, Kammern und vielen Organisationen. Kein Zweifel: Unter all diesen Organisationen kommt dem Verband der Reservisten als Mittler zwischen Streitkräften und Gesellschaft eine besondere Rolle zu, in der er unsere Hilfe verdient und erwarten kann.

Jetzt muß vollzogen werden, was weitsichtige Beobachter seit Jahren fordern: Die absehbare materielle und demographische Entwicklung in der Bundesrepublik, aber auch die Neubestimmung

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichtung Ökonomie
mit verschulden Rechnungen
Recycling-Papier



des sicherheitspolitischen Verhältnisses zwischen Ost und West, zwingen zu einer abgestimmten Anpassung sowohl der Strukturen in den Streitkräften als auch der Konzeption des Reservistenwesens an neue Bedingungen. Dabei ist es bekannt und von parteipolitischen Standpunkten völlig unabhängig: Reservisten erfahren seit Gründung der Bundeswehr nicht das ihnen zustehende Interesse.

Solange die Friedenspräsenz gehalten und die Verteidigungsstärke der Bundeswehr zahlenmäßig nachgewiesen werden konnten, ein unangetastetes Spektrum nuklearer Sprengköpfe von Gefechtsfeldwaffen bis zu Interkontinentalraketen in den Arsenalen bereit lag und den Frieden zu garantieren schien, die konventionelle Abhaltefähigkeit militärstrategisch nur eine untergeordnete Rolle spielte, solange glaubten wir, hinnehmen zu können, einen Großteil von Reservisten mit falscher Ausbildung aus dem Grundwehrdienst zu entlassen und rund die Hälfte von ihnen gar nicht zu weiteren Übungen einzuberufen. Dieser Zustand, von der Wehrgerechtigkeit einmal ganz abgesehen, wird zunehmend unhaltbarer.

Wir können es uns nicht länger leisten, Reservisten nur als Zähl-Soldaten anzusehen und mit zweitklassiger Ausrüstung und Gerät auszustatten. Wir können nicht länger erwarten, daß sie ohne gezielte Ausbildung für ihre Aufgaben im Verteidigungsfall ohne Mitwirkung bei ihrer örtlichen und tätigkeitsspezifischen Einplanung, ohne feste Bindung an eine Einheit ihrem Verteidigungsauftrag nachkommen.

Das A und O freilich, nicht nur der Reservistenarbeit, ist und bleibt eine zustimmungsfähige Verteidigungspolitik. Wenn es gegenwärtig von Jahr zu Jahr schwieriger wird, Reservisten für Wehrübungen zu gewinnen, wenn die Besetzung von 100 Stellen für eine Übung ein Vielfaches an Einberufungen erfordert, so liegen diese Schwierigkeiten nicht nur im mangelhaften Bedrohungsbewußtsein der Gesellschaft begründet, sondern auch in einer nicht mehr realitätsgerechten Verteidigungspolitik. Es ist unser aller gemeinsame Pflicht, der Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland wieder den soliden gesellschaftlichen Rückhalt zu schaffen, ohne den sie national verkümmert und international wirkungslos bleibt.

Der Verband der Reservisten soll unter anderem in zehn Jahren knapp doppelt so viele Reservisten betreuen wie heute, die Zahl der Reservisten-Arbeitsgemeinschaften verdreifachen, zweieinhalb mal mehr studentische Reservistengruppen führen und die Zahl der Partnerschaften mit Bundeswehreinheiten mehr als verdoppeln. Das sind große und notwendige Ziele, zu deren Erreichung nicht nur optimale Zusammenarbeit mit Streitkräften und Wehrverwaltung erforderlich ist, sondern auch die Bewilligung entsprechender Mittel durch das Parlament. An sozialdemokratischer Hilfe bei der Deckung des begründeten und nachgewiesenen Bedarfs wird es nicht fehlen.

(-/16.11.1987/vo-ha/rs)

* * *

Für die Überwindung der EG-Finanzkrise einsetzen

Ein Appell an die Bundesregierung

Von Alwin Brück MdB

Das zentrale Ziel der im Februar 1986 von den EG-Mitgliedsstaaten unterzeichneten Einheitlichen Europäischen Akte ist die Verwirklichung eines europäischen Binnenmarktes bis Ende 1992. Die schwierigen und ergebnislosen Brüsseler Verhandlungen über einheitliche EG-Grenzwerte für Radioaktivität in Lebensmitteln haben gezeigt, daß der Weg bis dahin noch sehr weit ist.

Im Hinblick auf die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft und die Erfüllung der vertraglich gesetzten Ziele der Einheitlichen Europäischen Akte fällt dem Kopenhagener Gipfeltreffen im Dezember dieses Jahres eine ganz besondere Bedeutung zu. Beherrschendes Thema muß die Überwindung der Brüsseler Finanzkrise sein. Ohne eine Lösung der Finanzprobleme können Zukunftsaufgaben, wie der gemeinsame Binnenmarkt, nicht bewältigt werden.

Mitverantwortung an der gegenwärtigen EG-Finanzmisere trägt die deutsche Bundesregierung, der es nicht gelungen ist, die alljährlich steigenden Kosten für die Agrarpreisstützungen einzudämmen, um auf europäischer Ebene eine stärker marktorientierte Agrarpolitik durchzusetzen.

Der Bundesregierung muß endlich klar werden, daß ihr Einsatz im Agrarministerrat für Flächenstilllegungen und Produktionseinschränkungen einfach nicht ausreicht, um die horrenden EG-Agrarausgaben nachhaltig zu verringern.

Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe wies bereits beim letzten Außenministertreffen darauf hin, daß ohne eine Kopenhagener Gipfeleinigung die Agrarpreisstützungen schon 1988 mangels Geld zusammenbrechen werden.

Scharfe Kritik an der Bonner EG-Politik erhob auch EG-Kommissionspräsident Delors. Er warf der Bundesregierung vor, durch verantwortungslose Zinspolitik den Dollarkurs zu senken, was den EG-Agrarhaushalt um mindestens zwei Milliarden Dollar erhöhen würde.

Die SPD-Bundestagsfraktion appelliert an die Bundesregierung, sich in Kopenhagen mit aller Kraft für eine Überwindung der EG-Finanzkrise einzusetzen. Das bedeutet für die Agrarpolitik: produktneutrale Einkommenszahlungen an die Bauern, verbunden mit einer Entlastung der Preispolitik von ihrer allein einkommenssichernden Funktion sowie einer Begrenzung der staatlichen Ankaufverpflichtungen für Agrarprodukte auf Zeiten saisonaler Überangebote.

Will die Bundesregierung in der anstehenden deutschen EG-Präsidentschaft ein unrühmliches Krisenmanagement vermeiden, muß sie sich jetzt für eine Kopenhagener Gipfeleinigung entscheiden.

(-/16.11.1987/vo-he/rs)

* * *



DOKUMENTATION
=====

Annemarie Renger: Die Gewalt verachten, sie ächten

Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Annemarie Renger, hat zur Internationalen Ächtung der Gewalt aufgerufen. Auf der zentralen Gedenkstunde zum Volkstrauertag 1987 forderte Frau Renger ein „Weltfriedens- und Sicherheitssystem in den Vereinten Nationen“, für das die „Europäer unbelirrt aktiv“ werden sollten. Wir dokumentieren die Ausführungen der SPD-Politikerin im Wortlaut.

Vor 65 Jahren, am 5. März 1922, sagte der damalige Reichspräsident Paul Löbe auf der ersten großen Gedenkfeier des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge im Reichstag: „...Ein Volk, das seine Toten ehrt, ehrt sich selbst und wird daraus die Kraft schöpfen, den Weg zu neuem Leben, zum hellen Tag zu suchen.“

Dieser Satz bleibt gültig, obwohl die Lehren aus dem 1. Weltkrieg nicht gezogen wurden, und obwohl niemand einfach darauf vertrauen kann, daß sie endgültig und für alle Zeit aus dem 2. Weltkrieg gezogen sind.

Auf einem Gedenkkreuz des Volksbundes ist als Mahnung der Toten an die Lebenden eingemeißelt: „Unser Opfer ist Eure Verpflichtung: Frieden!“

Dieses Kreuz soll helfen, daß unsere Erinnerung nicht verblaßt. Denn die Bilanz der Weltkriege ist unfaßbar. Die Menschenverluste 1914 bis 1918 betragen annähernd zehn Millionen, 1939 bis 1945 mehr als das Fünffache - 55 Millionen.

Das sind Zahlen, die unser Vorstellungsvermögen weit übersteigen, die in ihrer Nüchternheit das dahinter stehende Grauen für viele nicht sichtbar werden lassen.

Und wem diese Zahlen nichtssagen, der möge sich vorstellen, und viele unter uns haben es erlebt, wie im August 1939, nach dem Hitler-Stalin-Pakt, die Wehrpflichtigen von einer Stunde zur anderen eingezogen wurden, Manöver oder ähnliches hieß es, und jeder wußte, sie mußten in den Krieg ziehen, diesen sinnlosen und barbarischen.

Noch immer müssen über zwei Millionen Bürger in allerpersönlichster Weise Kriegsfolgen tragen. Nicht selten wird ihre Versorgung als Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen und Kriegerwitwer oder Kriegswaisen im Stil einer auslaufenden und lästigen Gesetzgebung behandelt.

Noch immer belasten schwere moralische Hypotheken den deutschen Namen in der Welt, weil wir es zugelassen haben, daß der von den Nazis hochgezüchtete Rassen-Antisemitismus hingenommen wurde, in dessen Folge sechs Millionen jüdische Menschen aus ganz Europa vernichtet wurden.

Aber vergessen wir nicht diejenigen, die vor 1933 gewarnt haben, „wer Hitler wählt, wählt den Krieg“, und die nach der Machtübernahme des NS-Regimes unter Einsatz ihres Lebens, in den KZs, Widerstand geleistet haben. Man könnte glauben, die Menschheit ist nicht fähig, in Frieden miteinander zu leben.

Auch unter dem Grauen von Hiroshima und der Perfektionierung die Menschheit vernichtender Waffen werden am Persischen Golf, im Libanon, Tschad oder in Afghanistan, in Nicaragua oder El Salvador, in den blutigen Bürgerkriegen auf jedem Erdteil - Menschen getötet, weinen Eltern über den nicht mehr heimgekehrten Sohn oder - in steigendem Maße - die Tochter, die ihr Leben auf dem Schlachtfeld ließ, sind Ehefrauen erfüllt von dem Schmerz um den gefallenen Ehemann, schreien Kinder nach Ihrem Vater.

Seit Beendigung des letzten Weltkrieges zählen wir weltweit schon wieder über dreißig Millionen Tote. Die blutigen Kriege in Afghanistan und am Persischen Golf dauern nun schon länger als der 2. Weltkrieg. Der Sinn dieses Sterbens liegt außerhalb menschlichen Begreifens.



Aber es gibt eine Wahrheit, die wir nicht verschweigen dürfen: Diese Millionen sterben nicht aufgrund von Naturkatastrophen, nicht durch Seuchen, Hungersnöte, Flut oder Erdbebenkatastrophen, denen Menschen ohne ihr Zutun ausgesetzt sind, nein - sie sterben durch Menschenhand, durch von Menschen an Menschen begangene Gewalttaten.

Nie dürfen wir darüber zur Tagesordnung übergehen. Kriege brechen nicht über uns herein - Kriege sind einzig und allein das Werk von Menschen.

Umso härter trifft die Verantwortung insbesondere die Großmächte in der Welt, und es gibt hoffnungsvolle Zeichen, daß dem Frieden alle anderen politischen Gegensätze untergeordnet werden könnten.

Wir brauchen ein Weltfriedens- und Sicherheitssystem in den Vereinten Nationen, und wir Europäer sollten unbeirrt dafür aktiv werden.

Als erstes müssen wir verlangen, daß die Großmächte und allen waffenliefernden Staaten, China ebenso wie Frankreich, und durch Hintertüren auch Deutschland, jegliche Waffenlieferungen in die Golfregion und andere Kriegs- und Krisengebiete unterbinden.

Wir verlangen die Durchsetzung eines Waffenembargos der Vereinten Nationen an die kriegsführenden Parteien Iran/Irak, um dem Golfkrieg ein Ende zu bereiten.

Sonst machen wir uns mitschuldig am Tod einer ganzen Generation junger Menschen.

Seit langem schwelt aber noch ein weiterer Konflikt, der in seinen Folgen tragisch ist wie ein Krieg:

Wir umschreiben ihn mit dem Begriff des „Nord-Süd-Konflikts“. So sehen wir zur Zeit, wie sich eine Hungerkatastrophe in Äthiopien anbahnt.

Der Hunger ist vielleicht eine gefährlichere Quelle von Unruhen, als es Waffen sind, und genauso unmenschlich wie der Krieg. Hier sind wir als die Bürger der reichen Staaten zu aktiver Hilfe aufgerufen.

Wir haben in der Bundesrepublik beim Neubeginn unserer Demokratie Folgerungen gezogen.

Die Präambel unseres Grundgesetzes erinnert uns daran, daß wir dem Frieden der Welt zu dienen haben; in Artikel 26 wird dieses Friedensgebot dann ausdrücklich wiederholt. Unser Land hat auf die eigene Verfügung über Atomwaffen und Massenvernichtungswaffen verzichtet; seine Streitkräfte sind nach Auftrag und Ausrüstung allein auf die Landesverteidigung ausgerichtet.

Es hat sein Selbstbestimmungsrecht unter den Gewaltverzicht gestellt und den Frieden sogar seiner staatlichen Einheit übergeordnet. Wir haben deshalb unseren Wunsch und unser Recht, als Deutsche - in welcher Form auch immer - zusammenleben zu können, nicht aufgegeben. Und in einer geduldigen Politik des gegenseitigen Vertrauensgewinns, auch unter Zugrundelegung der KSZE-Schlußakte, zeichnen sich Erfolge ab.

Gerade in unserer pluralistischen Ordnung, die auf den Wettstreit unterschiedlicher Ideen ausgelegt ist, ist die persönliche Friedensfähigkeit eine unabdingbare Grundlage für eine demokratische Streitkultur.

Der innere Frieden steht gleichberechtigt neben dem äußeren Frieden. Frieden ist allumfassend, bedeutet Absage an jede Gewalt. Lassen Sie mich bitte noch ein Wort zur Gewalt sagen, die all das verursacht hat, um das wir heute trauern.

Selbstverständlich muß der Gewalt nicht nur dort, wo sie konkret droht oder schon ausgebrochen ist, mit aller Kraft und allem Mut entgegengetreten werden. Weit wirksamer und damit sinnvoller ist es, mit Klugheit, Sensibilität und politischer Erfahrung die Gewalt schon in ihrem Keimen aufzuspüren und zu ersticken.

Auch sollten wir überlegt mit der Sprache umgehen. So taucht zum Beispiel immer wieder das Wort vom Gewaltverzicht auf. Das könnte allzu leicht so klingen, als übe man Verzicht auf etwas Wertvolles, zumindest aber Gerechtfertigtes aus. Ich möchte klarstellen, daß Gewalt doch einzig und allein nur aus ihrer Anwendung zur Aufrechterhaltung der Rechtsordnung, also letztlich dem staatlichen Schutz der Bürger gegen Gewalttäter heraus zu rechtfertigen ist.

Nein, man muß auf Gewalt nicht nur verzichten, man muß sie vielmehr verachten, sie ächten. Wenn wir es erreichen, daß alle diese Einstellung zur Gewalt gewinnen, ihr auch als nicht direkt

Betroffene nicht etwa gleichgültig oder gar sensationsgierig gegenüberstehen oder als Sympathisanten sie mit „klammheimlicher Freude“ beobachten, dann erst ist der Gewalt wirklich der Boden entzogen, ist jenes Klima geschaffen, in dem Bürger friedlich zusammenleben können.

Für den Frieden arbeiten bedeutet also, der Macht und Gewalt, wo immer sie sich zeigen, im innern wie im äußern, Schranken zu setzen, sie dem Recht unterzuordnen. Das gilt für das gesellschaftliche Zusammenleben wie für das politische. Helmut Schmidt schrieb einmal: „Schon in der älteren Tradition politischen Denkens kennzeichnet der Begriff ‚Frieden‘ sowohl den Zustand einer auf Gerechtigkeit gegründeten Eintracht der Bürger eines Gemeinwesens als auch die Friedlichkeit der äußeren Verhältnisse; er umgreift damit zugleich die seit altersher erkannte Wechselbeziehung zwischen innerem und äußerem Frieden.“

Aus eigener Erfahrung wissen wir, wie Krieg und Gewaltherrschaft auf der einen, Frieden und die Sicherung der Menschenrechte auf der anderen Seite voneinander abhängen. Die Schlußakte von Helsinki zeigt diesen Zusammenhang auf. Bis die nötigen Konsequenzen hieraus gezogen sind, der Gedanke in die praktische politische Tat umgesetzt wird, scheint der Weg aber noch weit.

Fehlende Informations- und Meinungsfreiheit in einem Lande und Abschottung der Bürger gegenüber internationalen Kontakten erleichtern es der politischen Führung, eine aggressive Außenpolitik zu führen. Kurz nach seiner Entlassung aus sowjetischer Haft sagte dazu der Bürgerrechtler Prof. Jurij Orlov: „Abrüstung ist notwendig... Aber wenn wir nur die Abrüstung haben und die Menschenrechte nicht so beachtet werden, daß der Mensch auch die Politiker seiner Regierung kontrollieren kann, dann gibt das doch keine Sicherheit. Deswegen ist die beiderseitige Offenheit der Grenzen, die wechselseitige Durchdringung, das Durchleuchten des einen Volkes durch das andere, ein notwendige Bedingung für das wechselseitige Vertrauen.“

Aus dieser Überzeugung heraus dachten und handelten auch alle die Frauen und Männer des Widerstandes, die gegen die Unmenschlichkeit des totalitären Staates aufstanden und um der Menschenwürde und des Menschenrechts willen ihr Leben opferten.

Indem wir heute an sie denken - und indem wir uns für alle diejenigen einsetzen, die gegen das Unrecht in der Welt Widerstand leisten und wegen ihrer demokratischen Überzeugung gequält oder ermordet werden - leisten wir Friedensarbeit. Deutlich wird unser Bemühen um die internationale Verständigung und den Frieden aber auch an dem, was wir in Europa tun, um die immer noch sichtbaren Folgen der Weltkriege zu bewältigen.

Der Volksbund hat dafür gesorgt, daß die Toten in zahllosen Ländern eine würdige Ruhestätte erhielten und hat dadurch den Schmerz der Hinterbliebenen gelindert. Er hat junge Menschen an dieser Arbeit beteiligt, hat internationale Begegnungen durchgeführt und so zur Versöhnung von Gegnern und zum Abbau von Haß und Vorurteilen beigetragen. Er setzt sich dafür ein, daß auch in Ost- und Südosteuropa für die Kriegsgräber gesorgt wird, wo drei Millionen deutsche Soldaten gefallen sind.

Wir wissen, welchen entsetzlichen Blutzoll die Völker des Ostens entrichten mußten. Deshalb erkennen wir an, daß seit 1983 Besuche an den Soldatengräbern in der Sowjetunion erlaubt sind. Äußerungen aus neuerer Zeit lassen uns aber auch hoffen, daß es dort zu weiteren Entwicklungen kommt. Auch in Polen und der Tschechoslowakei steht eine Gesprächsaufnahme in Aussicht. In den übrigen Ländern Ost- und Südosteuropas haben sich Gelegenheiten ergeben, Kriegsgräberstätten herzurichten und mit Namensangaben zu versehen.

Diese Entwicklungen sind ein Zeichen der Hoffnung, das in diesen Zeiten besonders wichtig ist, in denen vielen - gerade den jüngeren - die Angst vor der Zukunft genommen werden muß. Verbinden wir also am heutigen Tage mit unserer Trauer um die Toten das Bekenntnis zu unserer Verpflichtung, für diese und die kommenden Generationen eine friedlichere Zukunft zu gestalten. Es ist noch viel zu tun, bis der Mensch dem Menschen Bruder ist! Das beginnt bei jedem einzelnen von uns.

(-/16.11.1987/vo-he/rs)

